

Christian Müller

Der Konflikt um Georgien mit der De-facto-Annexion Südossetiens und Abchasiens durch Russland ist zum Prüfstein für die Beziehungen der Europäischen Union zum Kreml geworden. Als gegenwärtiger Vorsitzender des Europäischen Rats erklärte der französische Präsident Nicolas Sarkozy anderthalb Monate nach der massiven russischen Militärintervention vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Europa wolle nicht einen neuen Kalten Krieg, sondern Frieden. Deshalb wünsche es Bande der Solidarität mit Russland. Dessen Partner wolle Europa sein. Weshalb nicht einen gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen, der Russland und Europa zusammenführen würde?, fragte der französische Staatschef, um seine andauernde Bereitschaft zu einer erweiterten Kooperation zu unterstreichen. Mit einer solchen Geste des Entgegenkommens verband indes Sarkozy zugleich die Erklärung, Europa habe mit der gleichen Aufrichtigkeit Russland in Erinnerung gerufen, dass es nicht nachzugeben bereit sei bezüglich des Prinzips der Souveränität und Unabhängigkeit der Staaten sowie ihrer territorialen Integrität und der Einhaltung des Völkerrechts. Europa könne nirgends den Rückgriff auf Gewalt zur Lösung von Streitigkeiten akzeptieren.

Bereits eine Woche nach seinem ersten Vermittlungsanlauf vom 12. August in Moskau und Tiflis hatte Sarkozy festgestellt, es gelte zu ermitteln, ob Russlands Intervention gegen seinen Nachbarn Georgien eine auf diesen Einzelfall be-

grenzte Antwort brutalen und übertriebenen Ausmaßes darstelle oder ob sie allgemein eine neue Verhärtung Moskaus gegenüber seinen Nachbarn und der Staatenwelt insgesamt einleite. Als der Kreml die in einem Sechs-Punkte-Plan niedergelegte Waffenstillstandsübereinkunft vom 12. August in zentralen Teilen zu missachten fortfuhr und zumindest bis zum 25. August in immer neuen militärischen Vorstößen bis etwa dreißig Kilometer vor Tiflis vorrückte, berief der französische Präsident einen Sondergipfel der Europäischen Union auf den 1. September ein. Ein solches Treffen hatten unmittelbar nach dem russischen Einmarsch in Georgien vom 8. August vor allem Polen, Tschechien und die drei baltischen Staaten verlangt. Die französische Diplomatie entsprach jedoch nicht umgehend diesem Wunsch, da sie sich ein Mittel zu einer gesteigerten Druckausübung vorerst in Reserve bewahren wollte und zudem allen Grund zur Sorge hatte, die EU könne in ein „altes“ und „neues“ Europa auseinanderfallen und damit zur Handlungsunfähigkeit verdammt werden. Sarkozy hatte anfänglich ohne förmliches EU-Mandat gehandelt, als er nach Moskau flog und vor allem mit Wladimir Putin, weiterhin dem eigentlichen Kreml-Machthaber, in einem harten Verhandlungsringen Russlands Einwilligung in eine Waffenruhe erwirkte; sie hatte für das innerhalb von bloß drei Tagen militärisch überwältigte Georgien dessen Präsident Michail Saakaschwili bereits einseitig ausgerufen.

Mit seinem raschen Eingreifen zugunsten einer umgehenden Einstellung der Feindseligkeiten markierte der französische Staatschef als turnusmäßiger EU-Ratspräsident Handlungsbereitschaft, die ein erhebliches Risiko barg. Die Europäische Union sei zur Stelle gewesen, hob Sarkozy seither immer wieder voller Genugtuung hervor. Sein eigener Aktivismus und die Bereitschaft, sich in einer solchen höchst ungewissen Vermittlungsmission zu exponieren, überspielten allerdings weitgehend die Tatsache, dass er zunächst in einem Vakuum handeln musste und sich auf keinerlei EU-Beschluss zu berufen vermochte. Das Resultat in Form des Sechs-Punkte-Plans nahm sich teilweise ziemlich zwiespältig aus.

Ohnehin war der zunächst von Außenminister Kouchner nach Tiflis gebrachte und auch für Moskau bestimmte französische Drei-Punkte-Plan im Kreml dann überhaupt nicht mehr zur Sprache gelangt. Verhandelt wurde schließlich vielmehr allein auf der Grundlage eines russischen Forderungenkatalogs. Dies erklärte zum Teil, weshalb in dem Dokument nur noch die Souveränität und keineswegs mehr auch die territoriale Integrität Georgiens bekräftigt wurde. Von französischer Seite wurde nachträglich zur Rechtfertigung erläutert, dass mehr nicht zu erreichen gewesen sei; denn anfänglich hätten die Russen praktisch auch nichts mehr von georgischer Souveränität wissen wollen, da Putin offen auf den Sturz Saakaschwilis und der demokratisch gewählten Regierung in Tiflis aus gewesen sei und diese überhaupt nicht mehr als Partner einer Waffenstillstandsübereinkunft habe anerkennen wollen.

Ähnlich bedenklich nahm sich der fünfte Punkt der Übereinkunft aus, der russischen „Friedenstruppen“ in Südossetien in verdächtig vager Form das Recht zu „zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen“ bis zum Wirksamwerden ei-

nes internationalen Mechanismus für die Überwachung des Waffenstillstands zugestand. Die extensive Auslegung dieser Bestimmung durch die russischen Truppen bei der Schaffung von „Pufferzonen“ über Abchasien hinaus verriet die Absicht zur demonstrativen Destabilisierung der Regierung in Tiflis und auf diesem Weg doch noch Saakaschwilis Sturz herbeiführen zu können.

Der georgische Präsident kargte später dennoch nicht mit Dankesbezeugungen gegenüber Sarkozy. Dessen prompter „Rettungseinsatz“ habe wahrscheinlich verhindert, dass russische Panzer in Tiflis eingerollt seien. Zudem hatte ihm der französische Staatschef in einem Schreiben eine nachträgliche Präzisierung der Ausdehnung der „Sicherheitszonen“ geliefert, an die sich freilich die Russen an Ort und Stelle in keiner Weise hielten. Das Schreiben ging nicht zuletzt auf eine Initiative Washingtons zurück, das zunächst tagelang kaum reagiert und Sarkozy völlig das Feld überlassen hatte. Als Außenministerin Rice schließlich nach Sarkozys erster Vermittlungsmission selbst in Aktion trat, überbrachte sie die französischen Präzisierungen zur Gestaltung der „Pufferzonen“ dem georgischen Präsidenten, um diesen zur förmlichen Unterzeichnung der Waffenstillstandsvereinbarung vom 12. August zu bewegen. Saakaschvili war es schon zuvor gelungen, die von Moskau verlangte „internationale Diskussion über den Status von Südossetien und Abchasien“ in Gespräche über die „Modalitäten der Sicherheit und Stabilität“ der beiden von Tiflis abgefallenen Separatistengebiete abzuschwächen.

Kritik an Sarkozy

In Polen, aber auch im Baltikum erhob sich heftige Kritik am Ergebnis von Sarkozys Vermittlungsanlauf. Das Fehlen einer Bekräftigung der territorialen Integrität rief die einst von der Sowjetunion

unterdrückten „neuen“ EU-Mitgliedstaaten unweigerlich auf den Plan. Vor allem aber erzürnte sie eine mündliche, seither nie mehr wiederholte Erklärung Sarkozys nach dem Verhandlungs-marathon mit Putin und dessen als Präsident figurierendem Sprachrohr Dmitri Medwedew. In dieser Erklärung hatte es der französische Präsident als normal bezeichnet, dass Russland sich über seine Grenzen hinaus für die Interessen der Russischsprachigen einzusetzen versuche. Nicht nur in den Augen der dem Kreml-Joch entronnenen einstigen Sowjetrepubliken und Satellitenstaaten glich dies auf fatale Weise einer Anerkennung der russischen Doktrin von Sonderbeziehungen Moskaus zum „nahen Ausland“. Da es jedoch zu keinerlei Wiederholung dieser mündlichen Konzession kam, kann der diplomatische Fehltritt eher unter die Rubrik „Ausrutscher“ eingereiht werden.

Die Reaktion von Polen und Balten zeigte dennoch an, dass die EU wiederum in ein „neues“ und „altes“ Europa auseinanderzufallen drohte wie im Jahre 2003 mit Großbritannien ebenfalls auf härterem Kurs, diesmal jedoch ohne Italien, das im Gegenteil sich klar gegen den vor allem durch Warschau propagierten Gedanken von Sanktionen gegen Russland aussprach. Von solchen Sanktionen war schließlich in der Beschlussfassung des EU-Sondergipfels vom 1. September nicht mehr die Rede. Stattdessen einigten sich alle 27 EU-Mitgliedstaaten darauf, nicht nur erstmals formell den Ratsvorsitzenden mit einem Mandat zu betrauen, und zwar zur Fortsetzung der Diskussionen mit Moskau zwecks einer vollständigen Verwirklichung des Sechs-Punkte-Plans. Vielmehr kamen alle auch überein, weitere Verhandlungsrunden im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Partnerschaftsabkommens mit Russland zu verschieben bis zum Abzug der russischen Truppen in ihre vor dem 7. August eingenommenen Stellungen. In seiner Erläute-

itung zu diesem einhelligen Positionsbezug der EU, der allein schon für sich als ein bemerkenswertes Ergebnis angesichts der zuvor zutage getretenen Divergenzen verbucht werden konnte, erläuterte Sarkozy, dass die Europäische Union weiterhin eine echte Partnerschaft mit Russland wünsche, zu einer Partnerschaft jedoch immer zwei vonrötten seien. Gegenüber Russland sei sich Europa seiner Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Dialogs bewusst, gegenüber Georgien in gleicher Weise bezüglich dessen Erwartung, finanzielle, wirtschaftliche und humanitäre Unterstützung zu erhalten.

In Moskau wurde vor allem der Verzicht auf Sanktionen mit besonderer Genugtuung aufgenommen. Mit der Verurteilung des unverhältnismäßigen russischen Eingreifens in Georgien konnte der Kreml durchaus leben. Diese Verurteilung war der EU umso leichter gefallen, als Russland am 26. August erneut in brutalem Unilateralismus zur Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens geschritten war und den Abschluss von Freundschafts- und Beistandsverträgen sowie die permanente Stationierung russischer Truppen in Stärke von je 3800 Mann angekündigt hatte. Der letzte Punkt der durch Sarkozy ausgehandelten Übereinkunft bezüglich baldiger Gespräche über die Sicherheit und Stabilität Südossetiens und Abchasiens und zugleich die Bestimmung, dass alle russischen Truppen auf ihre Ausgangsstellungen vor dem 7. August zurückgezogen werden müssten, war damit bereits zur Makulatur gestempelt.

Neuer Imperialismus

Bestätigte sich nicht mit dem unverändert rücksichtslosen Vorgehen des Kreml im Transkaukasus der zuvor von Sarkozy geäußerte Verdacht, es könne sich möglicherweise um eine allgemeine Verhärtung von Moskaus Umgang mit seiner

Nachbarschaft und der Staatenwelt insgesamt handeln? Während Sarkozy trotz aller Verurteilung des russischen Alleingangs versicherte, die EU strebe in einer „engen und positiven“ Beziehung mit Russland nach Einvernehmen und Partnerschaft, machte Außenminister Kouchner erstmals keinen Hehl aus seiner Befürchtung, der Kreml könnte auf ähnliche Weise wie in Georgien noch weitere Ziele im Auge haben, namentlich auf der Krim, überhaupt gegenüber der Ukraine auch wegen deren russischsprachigen Ostteils und gegenüber der Republik Moldau.

Mit Kouchners Andeutung einer möglicherweise wieder generell aggressiveren Strategie des Kreml, die weit über die Georgienkrise hinaus für das Verhältnis zu Europa und zum Westen insgesamt von Bedeutung wäre, manifestierte sich die eine Seite der französischen Russlandpolitik, die freilich kaum jemals in den Vordergrund gerückt wurde. Immerhin enthielt diese Stellungnahme einen unüberhörbaren Hinweis auf das erneut ziemlich unheimliche Gebaren der Machthaber im Kreml. Gleichwohl wurden hauptsächlich Notwendigkeit und Willen der Europäer betont, den Gesprächsfaden zu Russland nicht abreißen zu lassen. An den Europäern sei es, den Weg des Dialogs mit Moskau zu finden, plädierte Premierminister Fillon. Die Russen hätten zwar im Kaukasus „etwas brutal“ reagiert, meinte auch er. Doch gleichzeitig stimmte er die allzu verbreitete Litanei von einer „Demütigung“ der Großmacht Russland in den vergangenen beiden Jahrzehnten seit dem Untergang der Sowjetunion an und räumte damit Putin gewissermaßen mildernde Umstände für die flagrante Verletzung des Völkerrechts ein.

Kontrahent und Gegenspieler

Der um Dialog und Ausgleich bemühten Linie entsprach Sarkozys lebhaftes Eintreten für eine „strategische Partner-

schaft“, als er am 8. September im Auftrag der EU und zusammen mit deren Kommissionspräsident Barroso sowie mit dem Außenbeauftragten Solana in Moskau eine Drei-Punkte-Vereinbarung zur vollständigen Umsetzung der ersten Waffenruhe-Übereinkunft vom 12. August aushandelte. Obwohl das neue Dokument wiederum recht zwiespältige Aspekte aufwies, erklärte der französische Präsident ohne Zögern, dass es bei Verwirklichung des vereinbarten Truppenabzuges der Russen aus ihren „Pufferzonen“ in Georgien bis zum 10. Oktober keinerlei Gründe mehr gäbe, die versuchten Verhandlungsrunden über einen Partnerschaftsvertrag mit Moskau nicht bereits im Oktober wiederaufzunehmen. Wer wolle sich einbilden, dass es dem Lauf der Welt zuträglich wäre, wenn sich die Europäische Union und Russland in Opposition gegeneinander befänden?, gab Sarkozy in einer rhetorischen Frage zu bedenken.

Der Grundgedanke dieses Konzepts lautet: keine Konfrontation, sondern Russland weiterhin als Kontrahent – in des Wortes richtiger Bedeutung, nämlich Mitunterzeichner oder Vertragspartner eines Kontraktes. Denn anders, als der volksetymologische Irrtum vorspiegelt, gibt der Kontrahent keineswegs Kontra, sondern zieht oder spannt mit einem Partner zusammen. Gleichwohl ist angesichts des unheimlichen Auftrumpfens von Putins Russland die Kennzeichnung als Kontrahent auf geradezu machiavellistische Weise doppelt verlockend, weil das weitverbreitete Missverständnis, der Begriff bezeichne einen Gegenspieler, in diesem Fall zwar sprachlich noch immer falsch ist, politisch aber durchaus der Realität entspricht. Dass Russland ein unheimlicher Kontrahent ist, erwies sich auch sogleich bei der Auslegung der zweiten Georgienübereinkunft. Diese hatte nicht ausdrücklich die Verpflichtung zum Rückzug aller Truppen in ihre

Stellungen vor Ausbruch der Feindseligkeiten wiederholt. Deshalb war die erste Vereinbarung jedoch nicht hinfällig geworden. Russland war aber nach seiner Ankündigung einer permanenten Stationierung von Truppen in Südossetien und Abchasien, unabhängig von den zuvor dort eingesetzten kleineren Kontingenten von „Friedenstruppen“, in keiner Weise mehr zur Respektierung dieses Punktes des Abkommens bereit.

Sarkozys Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Partnerschaftsverhandlungen auch bloß nach einer Räumung der „Pufferzonen“ im „Kernland“ Georgiens stellte eine stillschweigende Konzession an russische Intransigenz dar. Außenminister Kouchner erläuterte wenig später, man müsse in Etappen vorgehen und würde sich „Träumereien“ hingeben, wenn man erwarte, dass der russische Truppenabzug neben jenem aus dem „Kernland“ auch Südossetien und Abchasien einschließen würde. Russland befindet sich in einer Position der Stärke, meinte der Leiter der französischen Diplomatie. Zugleich vertröstete er auf die geplanten Verhandlungen in Genf, wo auch das Mandat der EU-Beobachter und vor allem deren geografische Zuständigkeit weiterer Abklärung bedürften. Denn Moskau wollte diese Beobachter nur in der Sicherheitszone außerhalb Südossetiens und Abchasiens zulassen. Dass der Kreml am Ende überhaupt ihrer Entsendung zugestimmt hatte, wurde seitens der EU als beträchtlicher Erfolg gewertet. Ursprünglich war allerdings von einer Friedensstreitmacht und nicht bloß von unbewaffneten Beobachtern die Rede gewesen. Nun nehmen sie sich nicht nur wegen der Farbe ihrer Uniformen wie „blaue Engel“ aus, die auf beklemmende Weise europäische „Soft Power“ verkörpern und in der rauen Wirklichkeit von Moskaus traditionellem Imperialismus im Kaukasus Gefahr laufen, einzig zur Zementierung der Grenzen der beiden

gewaltsam von Georgien abgetrennten Regionen missbraucht zu werden.

Faktor Energie

Die Großmacht Russland könne und dürfe nicht isoliert werden – so lautet nicht nur das Credo der einstigen amerikanischen Außenminister Kissinger und Shultz, sondern dies kennzeichnet auch Frankreichs Rezept für den Umgang der EU mit dem Koloss im Osten, der allerdings mit seiner Abstützung auf hohe Energiepreise und auf seine gewaltigen Erdöl- und Gasvorkommen seinen in Georgien militärisch fast genussvoll demonstrierten Anspruch auf wiedererlangten Supermacht-Status kaum auf stabilere Füße gestellt hat als einstmals die Sowjetunion. Als „Obervolta mit Atomwaffen“ hatte sie einmal Helmut Schmidt apostrophiert. Mit einer Bevölkerung vom Umfang jener Bangladeschs und mit einem Bruttoinlandsprodukt ungefähr in Höhe jenes von Brasilien ist das in seiner geografischen Ausdehnung weit zurückgefallene Russland auch heute noch immer kein unbezwingbarer Riese, obgleich es mit seiner Nuklearkeule die Schatten eines Rübezahls auf den Filztisch von Strategen werfen kann und am Hahn der Öl- und Gaspipelines sich nicht als Erpresser aufzutreten scheut. Trotz seines Petrodollarreichthums habe Russland seinen wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufschwung verpasst, diagnostizierte der frühere amerikanische Sicherheitsberater Brzezinski.

Die Abhängigkeit Europas von russischem Öl und Gas sticht ins Auge. Doch umgekehrt ist der Lieferant Russland gleichfalls abhängig von seinem europäischen Absatzmarkt. Mehr als sechzig Prozent von Russlands Einnahmen kommen aus dem Energieexport, von dem wiederum der Löwenanteil nach Europa geht. Wer ist da eigentlich in erster Linie von wem abhängig? Zudem gelang es mittlerweile der EU dank gestiegener

Importe aus Norwegen, den russischen Anteil an ihren Gaseinfuhren von fast fünfzig auf wenig mehr als vierzig Prozent zu reduzieren. Frankreich ist der Nuklearenergiestaat par excellence und diversifiziert zudem recht energisch seine Gaseinfuhren, etwa aus Algerien. Alternativen zum russischen Öl und Gas gibt es viele, auch wenn einzuräumen ist, dass sie ebenfalls erhebliche Risiken aufweisen, weil sie zumeist aus politisch kaum sehr vertrauenswürdigen Ländern stammen.

Der Energiefaktor in den Beziehungen der EU zu Russland spielt gewiss die Hauptrolle in der Motivation der beständigen Versicherungen, den Dialog mit Moskau nicht abreißen zu lassen. Deutschland mutet dabei als besonders aktiver Fürsprecher eines solchen Kurses an. Für Russland, das unter Sicherheit der Energieversorgung eine Abnahmegarantie seiner Absatzmärkte versteht, ist die westliche Kundschaft auch unerlässlich im Hinblick auf die nötigen Investitionen und Technologien bei der Erschließung neuer Energievorkommen oder auch nur zur Steigerung der Ausbeutungseffizienz. Ein gemeinsamer Auftritt der EU-Abnehmer russischer Energieausfuhren wäre in diesem Bereich geeignet, die energiepolitische Sicherheit der Europäischen Union zu fördern. Stattdessen ist teilweise ein Wettlauf von Konkurrenten zu verzeichnen mit mancherlei die westliche Position schwächenden Alleingängen.

Taktische Überlegungen

Die energiepolitischen Gründe erfuhren in Frankreich bei der realpolitischen Rechtfertigung des unerlässlichen Dialogs mit Moskau weniger Hervorhebung als anderswo. Dies geschah vor allem aus taktischen Überlegungen, doch schien ein solches Vorgehen zugleich die relativ komfortable Position einer Nation zu spiegeln, die mehr als drei Viertel ihrer

Stromversorgung aus Kernkraftwerken zu beziehen vermag. Umso nachdrücklicher wurde dann aber vonseiten Frankreichs daran erinnert, dass es weiterhin Russlands Mitwirkung bei der Bekämpfung des Terrorismus und den Bemühungen der Staatenwelt bedürfe, einen Griff Irans nach Nuklearwaffen zu verhindern. Sarkozy hatte bezüglich der Verhängung zusätzlicher Sanktionen gegen das Regime von Teheran angesichts dessen hartnäckiger Verweigerung eines Verzichts auf Urananreicherung in Anlehnung an Washington einen weitaus entschlosseneren Kurs als etwa Berlin eingeschlagen. Über Russlands Lavieren oder gar Doppelspiel im Umgang mit den Nuklearambitionen der Ayatollahs divergieren die Meinungen; selbst einigen Regierungen in der EU kommen russische Bremsmäöver gegen neue Sanktionsbeschlüsse des UNO-Sicherheitsrats anscheinend insgeheim zupass. Schon vor dem Georgienkonflikt hatte sich zunehmend die Frage gestellt, ob das aufwendige Bemühen, Moskau und Peking im Sanktionsboot gegen Teheran zu behalten, nicht eine zusehends belastende Hypothek für die versuchte Unterbindung einer iranischen Nuklearbewaffnung darstelle. Nach der westlichen Kritik an seinem „Blitzfeldzug“ gegen Georgien kündigte Putin prompt zummindest vorläufig Russlands Teilnahme an der Vorbereitung einer weiteren Sanktionsrunde gegen Teheran auf. Dass Moskau nicht zu ähnlicher Vergeltung im Falle des NATO-Militäreinsatzes in Afghanistan schritt, sondern im Gegenteil die über russisches Gebiet führende Nachschublinie dieser Operation am Hindukusch ausdrücklich von Retorsionsmaßnahmen ausnahm, signalisierte das andauernde Interesse des Kreml an der Eindämmung des Islamismus in seinem südlichen Vorfeld. Der Westen und namentlich die Europäer sollten ruhig und brav fortfahren, die Kastanien aus dem Feuer zu holen, an

welchem die Russen sich noch unter sowjetischem Vorzeichen schmerzlich verbrannt hatten.

Als schließlich auf den Tag genau zwei Monate nach dem russischen Einmarsch in Georgien Präsident Sarkozy in Evian mit Medwedew zusammentraf, bestätigte sich der stillschweigende französische Verzicht auf weiteres Beharren auf einem russischen Rückzug. Dass Moskau schon zwei Tage vor dem auf den 10. Oktober vereinbarten Termin die „Pufferzonen“ geräumt hatte, eröffnete nach Ansicht Sarkozys die Perspektive einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein EU-Partnerschaftsabkommen mit Russland. Indem der Gebieter im Élysée sich auch für die Beteiligung aller Akteure des Konflikts an der Genfer Konferenz vom 15. Oktober aussprach, schien er ebenfalls dem russischen Dringen auf Hinzuziehung der Abchasen und Südsosseten und damit auf eine De-facto-Legitimierung von deren Unabhängigkeit entgegenzukommen. Zudem erklärte sich Sarkozy bereit, auf das durch Medwedew schon im Juni in Berlin vorgebrachte Projekt eines gesamteuropäischen „Sicherheitspaktes von Vancouver bis Wladivostok“ einzugehen, und zwar auf einer bis Ende nächsten Jahres einzuberufenden Gipfelkonferenz der OSZE. Den auf eine Schwächung der NATO abzielenden Vorstoß des Kreml suchte der französische Präsident immerhin zu entschärfen mit zwei deutlichen Hinweisen auf essenzielle Prinzipien. Demokratie und Menschenrechte seien unerlässliche Voraussetzungen für eine dauerhafte Sicherheit, rief Sarkozy dem Kreml-Oberhaupt in Erinnerung. Zudem müsse endgültig auf das Streben nach Einflussphären verzichtet werden; wie um seinen

früheren „Ausrutscher“ zu korrigieren, fügte er hinzu, was für Russland „nahes Ausland“ bedeute, sei dies häufig auch genauso für die EU.

„Business as usual“ meinte die russische Seite nun im Umgang mit der Europäischen Union einen Monat vor dem geplanten EU-Russland-Gipfel von Nizza wieder konstatieren zu können. Noch einmal hatte indes Sarkozy nicht verhehlt, dass die Georgienkrise das Vertrauensverhältnis zwischen Europa und Russland schwer in Mitleidenschaft gezogen habe. Angesichts der Befürchtungen über Russlands Methoden und wahre Absichten namentlich gegenüber seinen Nachbarn müsse der Kreml der „Ära der Verdächtigungen“ ein Ende bereiten. Dem unheimlichen Kontrahenten rief er zudem in Erinnerung, dass nicht nur Europa für seine Energieversorgung auf Russland angewiesen, sondern umgekehrt auch Russland von Europa abhängig sei. Ebenso versäumte er es nicht, auf die Einbeziehung der Vereinigten Staaten in den Dialog über einen Sicherheitspakt zu pochen, da Europas Sicherheit auf einer starken transatlantischen Bindung beruhe. Während noch einige Unklarheit vorherrschte bezüglich des Nizza-Gipfels der EU mit Russland und noch weitaus mehr hinsichtlich einer „strategischen Partnerschaft“, drängte sich indes der Eindruck auf, die ominöse Episode des Georgienkonflikts solle allmählich politisch noch „weiter hinten als in der Türkei“ angesiedelt und fast nach dem vor siebzig Jahren mit straflichen Folgen bei einer anderen Krise angewandten Rezept behandelt werden als ein „quarrel in a far-away country between people, of whom we know nothing“.